



Interviews

Datum: 24. Februar 2023

Lars Klingbeil im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Wie sehr hat es Deutschland und die deutsche Politik geprägt, gar getrieben, wenn ein Krieg mitten in Europa stattfindet und dafür auch so große Worte wie „Zeitenwende“ gefunden werden? Was musste sich alles ändern? – Ich spreche jetzt mit Lars Klingbeil, einer der beiden Vorsitzenden der SPD. Herr Klingbeil, guten Morgen!

Lars Klingbeil: Schönen guten Morgen.

Grunwald: Seit Beginn des Angriffskrieges hat sich gerade die Regierungspartei SPD enorm bewegt, bewegen müssen. Viele sprechen von einer Zäsur in der Außenpolitik, weg von einem Russland-freundlichen Kurs hin zu einem harten Kurs gegenüber Russland. 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr wurde möglich, schwere Waffenlieferungen wurden nach viel Ringen möglich. Hat sich diese Kehrtwende für Sie gelohnt?

Klingbeil: Ich glaube, es geht gar nicht um die Frage, ob sich Dinge gelohnt haben oder nicht. Es geht um die Frage, ob Dinge richtig und notwendig sind, und alles das, was Sie beschrieben haben, der Bruch mit Putin und der Bruch in der Russland-Politik, die 100 Milliarden Sondervermögen, die Frage, ob wir mit der Tradition deutscher Außen- und Sicherheitspolitik brechen, dass wir keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete liefern und das jetzt tun, alle diese Dinge hat niemand, glaube ich, gerne getan, aber sie waren notwendig und diese Regierung hat am Ende genau das alles entschieden.

Grunwald: Hat die SPD in ihrem Wandel Grundüberzeugungen opfern müssen?

Klingbeil: Nein, sie hat keine Grundüberzeugungen opfern müssen. Aber wir haben natürlich gehofft, dass wir mit Russland einen Weg gehen können, in dem auf militärische Auseinandersetzungen verzichtet wird. Ich bin auch nach wie vor fest davon überzeugt, dass es richtig war, dass wir versucht haben, Wladimir Putin bis zum letzten Tag davon abzubringen, dass er die Ukraine militärisch angreift, dass er versucht, völkerrechtswidrig Grenzen zu verschieben. Aber dann war auch klar mit dem 24. Februar, genau heute vor einem Jahr, dass da der Wechsel stattfinden muss, und es war auch richtig, dass wir damals gesagt haben, wir statten die Ukraine mit Waffen aus und sorgen dafür, dass sie sich militärisch verteidigen kann.

Grunwald: Herr Klingbeil, von 5000 Helmen, die man anfangs liefern wollte, bis heute zu Leopard-Kampfpanzern – die Forderung nach Kampfjets steht auch schon im Raum –, wie weit wird Deutschland noch bei seiner militärischen Unterstützung gehen? Wo ist denn die Schmerzengrenze?

Klingbeil: Die 5000 Helme, das war ein kommunikativer Fehler am Anfang. Aber Olaf Scholz hat ja in seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar vorm Deutschen Bundestag genau diesen Bruch angekündigt, hat gesagt, wir werden liefern, und dann haben wir jeden Tag neu bewertet, sind jeden Tag weitergegangen auch in der Frage, was wir liefern. Das muss sich dann in einer solchen Kriegssituation entwickeln. Das haben wir mit internationalen Partnern zusammen entschieden.

Grunwald: Die Frage war, wo die rote Linie für Sie ist.

Klingbeil: Wir werden das jeden Tag neu weiter bewerten. Es gibt keine roten Linien. Ich hätte vor einem Jahr nicht gedacht, dass wir mal Kampfpanzer liefern. Ich habe mir die Woche gerade die Ausbildung der ukrainischen Soldaten in meiner Heimatstadt Munster am Leo 2 angeguckt, aber das hätte ich vor einem Jahr nicht gedacht. Aber ich sage Ihnen, es ist richtig, dass wir das jetzt mit den Partnern entschieden haben, Kampfpanzer zu liefern, und ich glaube, dass man in einer solchen Situation keine roten Linien ziehen kann. Das hat der Kanzler ja auch deutlichgemacht.

Grunwald: Laut ARD-Deutschlandtrend von Februar 2023 machen sich 59 Prozent der Deutschen große oder sehr große Sorgen, dass Deutschland direkt in den Krieg hineingezogen werden könnte. Können Sie diese Angst nachvollziehen oder wird die nicht sogar noch schlimmer, wenn Deutschland immer größeres Kriegsgerät liefert?

Klingbeil: Diese Angst kann ich total nachvollziehen und das spüre ich ja auch, wenn ich im Land unterwegs bin, dass es eine große Sorge in großen Teilen der Bevölkerung gibt, dass man hineingezogen wird, und deswegen ist der Kurs von Olaf Scholz, auch abzuwägen, sich international abzustimmen, auch mal sich zwei, drei Tage Zeit zu nehmen für eine Entscheidung, genau richtig. Ich finde, dass viele Debatten in Deutschland zu sehr schwarz-weiß waren, dass sie zu sehr auch getrieben waren von der Frage, was findet man in bestimmten Teilen der Gesellschaft richtig, und dieses Abwägende ist genau das richtige und das ermöglicht, auch große Teile der Gesellschaft mitzunehmen. Aber am Ende ist die Entscheidung, die Ukraine zu unterstützen, sie dabei auch politisch, aber auch mit

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Waffenlieferungen zu unterstützen, ihr Recht zur Selbstverteidigung wahrzunehmen und das auch zu stärken, eine richtige Entscheidung. Wir dürfen nicht zulassen, dass Wladimir Putin diesen Krieg gewinnt.

Grunwald: Aber das Abwägende von Olaf Scholz wurde sehr oft auch als Zögerlichkeit kritisiert, als jemand, der nicht genau weiß, wo er hinwill.

Klingbeil: Das habe ich immer für falsch empfunden, diese Interpretation. Wissen Sie, wir sind in einer sehr grundsätzlichen Situation. Es geht um Krieg und Frieden. Wir wissen vielleicht erst in zwei, drei, in fünf Jahren in diesem historischen Moment, was alles richtig und was falsch war an politischen Entscheidungen, und da erwarte ich von einem Bundeskanzler, dass er abwägt, dass er genau diese Gespräche auch mit internationalen Partnern führt, dass er sich nicht treiben lässt von öffentlichen Debatten, sondern dass er am Ende das tut, was er für richtig hält, was er mit Verbündeten auch gemeinsam beschlossen hat. Olaf Scholz hat da viel einstecken müssen, aber ich sage Ihnen, am Ende habe ich immer wahrgenommen, dass es in der Bevölkerung eine große Unterstützung dafür gibt, dass ein Regierungschef zweimal nachdenkt und nicht morgens überlegt anhand von Umfragen, wie er welche Entscheidungen trifft.

Grunwald: Kommen wir zum Kurs oder Kurswechsel der SPD zurück. Die militärische Unterstützung der Ukraine kostet Deutschland ja viel. Das Sondervermögen der Bundeswehr, 100 Milliarden Euro, die Stimmen sind schon sehr laut, das wird nicht reichen, das muss deutlich mehr werden. Dieses Geld muss ja von irgendwo herkommen. Steuern sollen nicht weiter erhoben werden. Jetzt geht die Angst um, dass sozialpolitische und ökologische Reformprojekte in Deutschland hinten runterfallen. Ist die Angst berechtigt?

Klingbeil: Ich nehme wahr, dass es diese Angst gibt und dass es diese politische Debatte gibt, aber wir werden als SPD sehr genau darauf achten, dass nicht die Frage von innerer, äußerer Sicherheit gegen die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgespielt wird. Das ist kein Entweder-Oder, sondern wir brauchen beides. Wir müssen gucken, dass wir eine starke Bundeswehr haben, dass wir uns verteidigen können, dass wir die Ukraine unterstützen können, und, dass wir in Bereichen wie Kampf gegen Kinderarmut, in der Bildungspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, dass wir da vorankommen. Dafür steht die SPD und da werden wir sehr genau bei den Haushaltsberatungen drauf achten.

Grunwald: Ja! Aber Sie sprechen die Haushaltsberatungen an. Aktuell streitet die Ampel um den kommenden Haushalt, etwa um die Kindergrundsicherung. Das ist eigentlich ein

wichtiges sozialpolitisches Projekt Ihrer Partei, verankert auch im Koalitionsvertrag, und jetzt steht dafür noch keine Finanzierung. Ist das nicht ein klares Zeichen, dass die Sozialpolitik jetzt doch hinten runterfällt?

Klingbeil: Die Kindergrundsicherung und damit verbunden der Kampf gegen Kinderarmut in diesem Land ist ja fest verabredet im Koalitionsvertrag und deswegen wird das auch kommen und darauf setzen wir als SPD.

Grunwald: Da sind Sie sich sicher, es wird kommen? Wie gesagt, es wird ja noch darum gestritten und die Finanzierung steht noch nicht.

Klingbeil: Ja! Ich nehme auch wahr, dass manche streiten und dass manche öffentlich diskutieren. Aber der Koalitionsvertrag hat die Unterschriften von allen drei Parteien, die diese Regierung tragen. Für uns selbst ist das Anliegen, Kinderarmut in diesem Land konsequent zu bekämpfen, ein sehr wichtiges und deswegen werden wir dafür sorgen, dass die Kindergrundsicherung umgesetzt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass die notwendigen Investitionen in Bundeswehr und unsere Verteidigung und die Sicherheit gegen die Frage des sozialen Zusammenhalts ausgespielt wird. Dafür steht die SPD und deswegen ist das für mich völlig klar, dass die Kindergrundsicherung kommt.

Grunwald: Sie wollen das nicht ausspielen, das ist wahrscheinlich aber dann auch noch ein weiter Weg. – Wie geht es denn jetzt weiter? Ein Jahr Krieg in der Ukraine, immer noch blutige Kämpfe, russische Truppen sollen massiv verstärkt worden sein, Großoffensive wird befürchtet, Stimmen, die sagen, sie habe sogar schon begonnen. Wie muss es jetzt weitergehen? Sehen Sie da irgendwie ein Potenzial für Verhandlungen?

Klingbeil: Wir rechnen in der Tat damit, dass die russische Großoffensive kommt. Wir sehen, wie stark die ukrainische Armee ist. Das ist wirklich bewundernswert, wie die Ukrainerinnen und Ukrainer seit einem Jahr kämpfen und auch entsprechende militärische Erfolge haben. Die Waffenlieferungen, die wir gerade beschlossen haben, die Schützenpanzer Marder, die Kampfpanzer Leopard - an denen werden die ukrainischen Soldaten gerade in Deutschland ausgebildet -, das wird helfen, um die russische Großoffensive abzuwenden und dort auch Erfolge zu haben. Da bin ich mir sicher. Am Ende muss es darum gehen, dass die Ukraine stark ist für politische Verhandlungen. Die werden kommen, bin ich mir ganz sicher, aber jetzt gerade geht es erst mal um militärische Erfolge.

Grunwald: Ich frage trotzdem noch mal. Die Stimmen, die Verhandlungen fordern, die werden ja lauter und auch international ist das so. China hat jetzt etwa einen Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt für ein mögliches Ende des Ukraine-Krieges. Wie schätzen Sie das ein? Wie groß ist der internationale Druck inzwischen, dass es zu Verhandlungen wirklich kommt?

Klingbeil: Der Druck auf Putin wächst. Das ist auch gut so. Dazu hat Olaf Scholz beigetragen, dass er in China war, dass er beim G20-Gipfel in Bali war, da entsprechende Mehrheiten auch organisiert hat. Aber wir wissen nicht, wann Putin die Einsicht hat, und deswegen geht es gerade darum, die Ukraine militärisch stark zu machen und dafür zu sorgen, dass es eine gute Ausgangsvoraussetzung für Verhandlungen gibt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.